

**Position der IHK-Frankfurt am Main
zu zwei DIHK-Positionen zum Klimaschutz
„Klimaschutz effizienter erreichen und international abstimmen“
(DIHK-Position I vom 27.11.2025)
und
„Klimaschutz effizient und wirksam gestalten“
(DIHK-Position II vom 19.03.2026)**

Einleitung der IHK Frankfurt am Main

Mit dem Positionspapier „Nachhaltiges Wirtschaften“ hat die IHK Frankfurt am Main ihre Haltung zu nachhaltigem Wirtschaften formuliert. Daraus leitet sich die Position zum Klimaschutz unter Berücksichtigung der Studie „Neue Wege für die Energiewende (Plan B)“ ab.

Nachhaltiges Wirtschaften ist keine Option, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Unternehmen, die heute in klimafreundliche Geschäftsmodelle, ressourcenschonende Prozesse und innovative Technologien investieren, sichern ihre Zukunftsfähigkeit, stärken ihre Wettbewerbsposition und erschließen neue Märkte. Die IHK Frankfurt am Main bekennt sich klar zur klimaneutralen Transformation der deutschen Wirtschaft gemäß dem Pariser Klimaabkommen – und versteht Klimaschutz als integralen Bestandteil einer zukunftsfähigen Unternehmensstrategie.

Zugleich stehen Unternehmen vor realen Herausforderungen: steigende Energiekosten, wachsende regulatorische Anforderungen, Fachkräftemangel und geopolitische Unsicherheiten. Die Transformation darf Unternehmen nicht überfordern. Sie muss in einem Tempo erfolgen, das wirtschaftlich tragfähig ist – für Betriebe jeder Größe, insbesondere für den Mittelstand.

Entscheidend ist dabei das richtige Zusammenspiel von Anreizen und Rahmenbedingungen. Marktwirtschaftliche Instrumente wie der Europäische Emissionshandel haben bewiesen, dass sie Klimaschutz effektiv und kosteneffizient fördern können – ohne Innovationspotenziale auszubremsen. Der Staat sollte deshalb auf klare Leitplanken setzen, statt durch kleinteilige Detailsteuerung in unternehmerische Entscheidungen einzugreifen. Technologieoffenheit, Planungssicherheit und der Abbau unnötiger Bürokratie sind Voraussetzungen dafür, dass die Transformation gelingt.

Klimaschutz ist zudem ein globales Problem, das globale Antworten erfordert. Nationale Alleingänge, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährden, ohne den globalen CO₂-Ausstoß zu senken, verfehlen ihr Ziel. Carbon Leakage – die Verlagerung von Produktion und Emissionen ins Ausland – schwächt nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern konterkariert den globalen Klimaschutz. Die IHK Frankfurt am Main fordert daher, dass Klimaziele und -strategien international koordiniert werden, um faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern und wirksamen Klimaschutz zu gewährleisten.

Auf Basis dieser Überzeugungen unterstützt die IHK Frankfurt am Main die beiden Positionen der DIHK-Vollversammlung zum Klimaschutz aus dem November 2025 und aus dem März 2026.

„Klimaschutz effizienter erreichen und international abstimmen“

DIHK-Position I vom 27.11.2025 auf der Basis der Studie „Neue Wege für die Energiewende („Plan B‘)“

Der aktuelle Weg der Energiewende in Deutschland ist geprägt von zahlreichen, sich teilweise widersprechenden Zielen, staatlicher Detailsteuerung, unzureichender europäischer und internationaler Einbettung sowie fehlender internationaler Abstimmung. Hohe Kosten und Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft sind die Folge. Die DIHK sieht bereits seit längerem Stilllegungen und Abwanderungen vor allem energieintensiver Produktion und damit den Verlust hochwertiger Industriearbeitsplätze in Deutschland. Laut der Studie „Neue Wege für die Energiewende“ summieren sich die Gesamtsystemkosten in den Jahren 2025 bis 2049 bei einem „Weiter so“ auf bis zu 5,4 Billionen Euro. Sollte die Politik den eingeschlagenen Kurs fortsetzen, führt dies zu weiter steigenden Energiekosten für die Unternehmen mit weitreichenden negativen Folgen für die gesamte Unternehmenslandschaft.

Deutschland hat einen strukturellen Nachteil bei natürlichen Ressourcen: Andere Länder haben größere Potenziale bei Wasserkraft, Sonnen- und Windenergie oder verfügen über kostengünstigere Biomasse. Unsere erneuerbaren Energien sind also im Standortvergleich häufig teurer. Das verlangt umso mehr Effizienz bei ihrer Nutzung und Integration in das Energiesystem. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss weitergehen, Oberziel sollte aber eine kostengünstige, resiliente und sichere Energieversorgung sein. Klar ist aber auch: Neben den klimaneutralen, heimischen Versorgungsoptionen braucht die deutsche Wirtschaft auch langfristig Energieimporte.

Der Erfolg der deutschen Wirtschaft gründet auf fortschrittlichem Wissen, innovativer Technik, gut ausgebildeten Fachkräften und zeigt sich in Exportstärke und einer Vielzahl von sogenannten Hidden Champions. Diese Stärken sind eine Voraussetzung dafür, dass die klimaneutrale Transformation langfristig ein Erfolgsmodell für die deutsche ebenso wie die europäische Wirtschaft wird und den Standort stärkt. Denn: Technologie ist der Schlüssel zur Energiewende und zur Erschließung neuer Exportmärkte.

Die IHK-Organisation unterstützt das Ziel der Klimaneutralität. Um die Unternehmen auf dem Weg der Transformation nicht zu überfordern und die wirtschaftlichen Chancen nutzen zu können, schlägt sie folgende neue Wege vor:

Klimaziele international koordinieren

Klimawandel ist ein globales Problem, das immer drängender wird und nur gemeinsam gelöst werden kann. Klimaneutralität braucht deshalb eine internationale Einbettung. Nationale Maßnahmen sind dann wirksam, wenn sie einen Beitrag zur weltweiten Emissionsverringerung leisten oder Anreize zur Nachahmung setzen. Deutschland hat mit seinem Ziel, 2045 klimaneutral zu sein, gegenüber der Mehrzahl der Industrie- und Schwellenländer eine ambitioniertere Zielsetzung. Dies führt zu deutlich höheren Kosten für die deutschen Unternehmen.

Um Chancen für die deutsche Wirtschaft zu nutzen und Wettbewerbsnachteile zu vermeiden, schlägt die DIHK vor, die deutschen und europäischen Reduktionsziele auch an den Klimaschutzanstrengungen der wichtigsten wirtschaftlichen Wettbewerber auszurichten. Deutschland und Europa können zwar gegenüber der Vergleichsgruppe vorangehen. Das

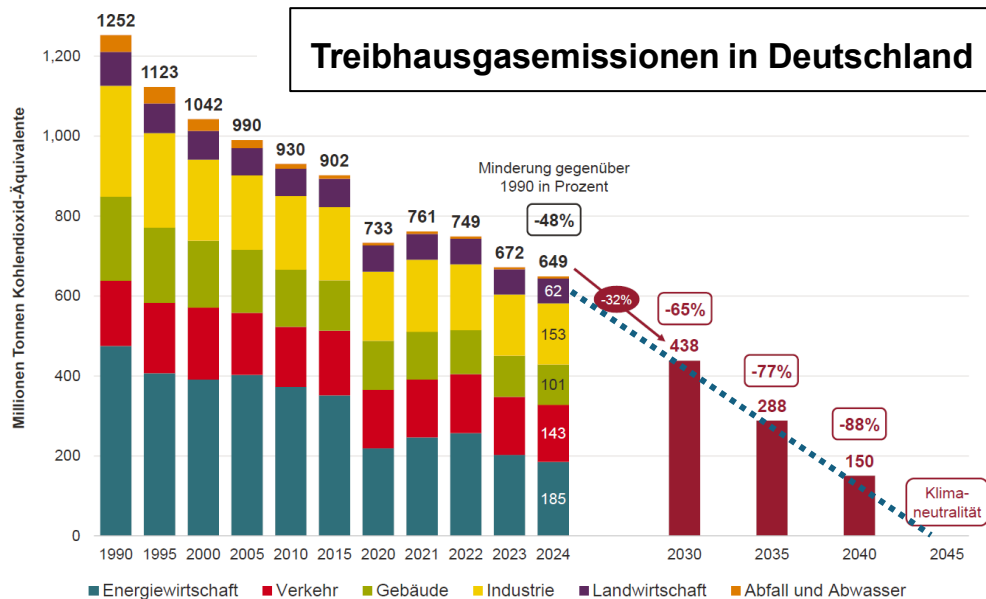
deutsche bzw. europäische Engagement sollte dabei aber auf die Aktivitäten anderer Länder Bezug nehmen und die internationalen Anstrengungen berücksichtigen.

Der wesentlich von Deutschland angestoßene und 2022 gegründete Klimaclub mit mittlerweile 46 Mitgliedern sollte eine Abstimmung der Klimaziele unter Wettbewerbern stützen. Wenn Klimaziele und -strategien international koordiniert sind, kommt es zu weniger Carbon Leakage und mehr globalem Klimaschutz. Beides ist gut für die deutsche Wirtschaft. Entscheidend sind Bemühungen um verstärkten internationalen Klimaschutz. Sollten hier keine substantiellen Fortschritte erreicht werden, ist die überwiegende Mehrheit der deutschen Wirtschaft der Meinung, dass das deutsche CO₂-Budget angelehnt an den Benchmark der Vergleichsgruppe ausgeweitet werden sollte. Mit der Botschaft einer solchen Politik verbindet sich die Erwartung, andere Länder zu einer ambitionierteren Klimaschutzpolitik und zu stärkeren eigenen Klimaschutzanstrengungen zu bewegen.

Regionale Klimaschutzziele in Deutschland auf Landes- oder kommunaler Ebene können zwar vor Ort Innovationsimpulse setzen. Für den Klimaschutz in Deutschland insgesamt können sie jedoch nachteilig sein. Über die Budgets in den Emissionshandelssystemen und zusätzliche Sektorziele sind die Emissionsmengen auf europäischer und nationaler Ebene eng begrenzt. Früher gesetzte regionale Emissionsminderungsziele führen bei gegebenen Vermeidungskosten nicht zu einer Verringerung der Gesamtemissionen, sondern zu einer regionalen Verlagerung. Eine Vielzahl räumlich begrenzter Technologie- und/oder Transformationspflichten führt außerdem zu Ineffizienzen (z. B. durch räumlich begrenzte Technologievorschriften), zusätzlichen Regulierungen (z. B. räumlich begrenzte Transformationspflichten) und in Konsequenz zu zusätzlichen Kosten für Betriebe. Eine Mehrheit in der IHK-Organisation empfiehlt daher, dass Länder und Kommunen sich im Bereich der sehr wichtigen Klimaanpassungspolitik engagieren und hier innovativ agieren sollten.

Auflösung jahresscharfer Ziele zugunsten eines Budgetansatzes

Deutschland kann nach dem aktuellen Pfad bis zur Klimaneutralität 2045 noch 6 Mrd. Tonnen CO₂ ausstoßen. Das entspricht in etwa dem Zehnfachen des Ausstoßes im Jahr 2024 und lässt sich als Fläche unter einem fiktiven Reduktionspfad darstellen (siehe Grafik).



Quelle: Frontier Economics: *Neue Wege für die Energiewende*.

In Deutschland sind jahresscharfe Klimaziele für 2030 und 2040 festgelegt, der Pfad mit Jahreszielen von 2031 bis 2040 soll noch in dieser Legislatur erarbeitet werden.

Jahresscharfe Ziele führen zu Kostensteigerungen, weil Unternehmen auch Vermeidungstechnologien verwenden müssen, die technologisch unausgereift und damit teuer sind. Auch der Um- bzw. Neubau von Infrastrukturen ist umso teurer, je enger das Zeitbudget ist und kann darüber hinaus nicht beliebig beschleunigt werden. Zudem erfolgen Innovationen und Effizienzgewinne selten kontinuierlich, sondern in Sprüngen. So zeigt die Studie „Neue Wege für die Energiewende“, dass die Vermeidungskosten bei einem derzeit diskutierten jahresscharfen EU-Klimaziel von 90 Prozent im Jahr 2040 auf das Vier- bis Fünffache ansteigen im Vergleich zu einem flexiblen Budgetansatz bis 2050. Daher spricht sich eine Mehrheit in der IHK-Organisation gegen jahresscharfe Ziele und für einen Budgetansatz aus. Bei insgesamt hohem zeitlichen Druck ergibt sich damit die Möglichkeit, die Transformation kontinuierlich voranzutreiben, aber im Sinne eines atmenden Systems an technologischen Entwicklungen und Reifegraden zu orientieren. Am Ende werden die gleichen Emissionen im gleichen Zeitraum eingespart. Aber für die Wirtschaft können so Kosten in großem Ausmaß vermieden werden.

Alle Emissionen in Handelssysteme einbeziehen

Die DIHK setzt sich schon seit vielen Jahren für einen Emissionshandel (ETS) als zentrales Lenkungsinstrument ein, da er mittels Preissignalen Klimaschutz effektiv erreicht und Emissionen dort vermeidet, wo dies zu den geringsten Kosten für die Unternehmen möglich ist. Alle anderen Instrumente, die auf die Einsparung von Emissionen ausgerichtet sind, sind bei einem umfassenden Emissionshandel grundsätzlich nicht erforderlich und sollten gegenüber dem Wirken von klaren Preissignalen sorgfältig abgewogen werden.

Der bestehende europäische Emissionshandel für Industrie und Kraftwerke (ETS 1) ist ambitioniert. Nach derzeitiger Planung gibt es ab 2039 keine neuen Zertifikate mehr zu kaufen. Dies wird viele Unternehmen überfordern und die Stilllegung energieintensiver Produktion beschleunigen. Der eingeschlagene Pfad kann damit zum Verlust von Wohlstand gegenüber

anderen Weltregionen und der Verlagerung statt des Einsparens von Emissionen führen. Die überwiegende Mehrheit in der IHK-Organisation plädiert deshalb dafür, den Emissionshandel als zentrales Steuerungsinstrument für Klimaschutz beizubehalten, aber anders als bisher an den Ambitionen vergleichbarer Wirtschaftsräume auszurichten.

Viele Unternehmen sehen die Emissionsziele als zeitlich unrealistisch an. Unglaubliche Ziele führen zur Erwartung politischer Eingriffe und sinkendem Vertrauen in Marktsignale. Die Diskussion über und die Zweifel an der Einführung des zweiten Emissionshandels (ETS 2) für Wärme und Verkehr zeigt genau dies: Politische Eingriffe werden erwartet. Emissionshandelssysteme brauchen deshalb politisch glaubwürdige Pfade. Nachträgliche Eingriffe in den Mechanismus der Preisbildung sollten unterbleiben.

ETS 1 und ETS 2 sollten gut ineinandergreifen. Die DIHK befürwortet, dass die Emissionen aller Sektoren anders als bisher in beiden Handelssystemen vollständig erfasst werden. Ob dies in einem gemeinsamen System sinnvoll ist, sollte geprüft werden.

Selbst bei einer internationalen Anbindung der Emissionshandelssysteme wird das Problem des Carbon Leakage bestehen bleiben. Der CO₂-Grenzausgleich (CBAM) ist grundsätzlich sinnvoll für einen Ausgleich klimapolitischer Kosten in der EU, er muss aber weiter vereinfacht werden, Exporte angemessen berücksichtigen und seine Wirksamkeit beweisen. Solange er dies nicht tut, muss es bei freien Zuteilungen von Emissionsrechten bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern.

Internationale Projekte bei der CO₂-Einsparung anerkennen

National müssen Emissionen und Emissionsminderungen exakt nachgewiesen werden. Dies wäre auch bei internationalen Minderungsprojekten möglich. Internationale CO₂-Minderungen sind für den globalen Klimaschutz ebenso wertvoll wie nationale Minderungen und sollten entsprechend anerkannt werden – z. B. im Rahmen der bestehenden Emissionshandelssysteme. Nachweise und Kontrollen inklusive klarer Haftungsregeln sind dabei international komplexer und führen auch zu mehr Bürokratie. Sie wären hier aber notwendig, um die Glaubwürdigkeit solcher Gutschriften zu erhalten und insbesondere Doppelanrechnungen zu vermeiden. Am sinnvollsten wäre es daher, das europäische Emissionshandelssystem mit anderen Systemen durch die Schaffung einheitlicher Standards und Nachweissysteme zu verknüpfen und dadurch auch internationale Einsparpotenziale zu erschließen.

Effizienter Klimaschutz: Staat als Rahmensetzer, nicht als Technologieleiter

Welche Technologien sich am Markt durchsetzen, kann keine staatliche Planung vorhersagen. Denn: Die Energiewende ist ein langfristig angelegter Prozess, der von einem hohen Maß an Unsicherheit gekennzeichnet ist. Eine technologieneutrale Politik ist deshalb notwendig. Die Politik kann und sollte marktliche/privatwirtschaftliche Risiken für Unternehmen dabei nicht übernehmen. Schließlich sind Markt und Wettbewerb die wirksamsten Treiber von Innovation und technologischem Fortschritt.

Der Staat sollte sich auf seine Kernkompetenz konzentrieren: Die Schaffung eines Rahmens, in dem der Wettbewerb zum besten Technologiemix führt. Ein glaubwürdiger Emissionshandel mit langfristiger Perspektive und klarer Rahmensetzung sorgt für entsprechende Anreize bei den Unternehmen. Unkalkulierbare betriebswirtschaftliche Risiken, die Investitionen in

strategisch wichtige neue Technologien verhindern, kann der Staat mit einer begleitenden Förderung für eine Übergangszeit absichern.

Komplexität ist eines der größten Hemmnisse einer erfolgreichen Transformation. Politische Zielkonflikte, aufwendige Regulierung, kleinteilige Detailsteuerung und bürokratische Prozesse führen zu unnötiger Verlangsamung und Mehrkosten. Eine ganz überwiegende Mehrheit in der IHK-Organisation befürwortet deshalb eine Reduktion staatlicher Förderungen, die überwiegend beschränkt auf die Risikoabsicherung sein sollten. Investitionsförderungen sind dabei besser als eine Betriebskostenförderung.

Kurzfristig kann das Rückführen von Förderungen unternehmerische Risiken im Vergleich zum Status Quo erhöhen. Bestehende Förderung sollte daher nur mit einer angemessenen Übergangszeit beendet werden. Mittel- und langfristig verspricht weniger Förderung volkswirtschaftlich und damit am Ende auch betriebswirtschaftlich die geringsten Kosten für die Wirtschaft.

Weniger Komplexität ergibt sich durch die Konzentration auf ein Ziel: Die Senkung der Treibhausgasemissionen. Zusätzliche Ziele für erneuerbare Energien und Energieeinsparung sind aus ganz überwiegender Sicht der Unternehmen national wie europäisch entbehrlich. Den Unternehmen wird damit überlassen, welchen Weg sie für ihre betriebliche Klimaneutralität einschlagen. Daraus entstehen Innovationen.

Zudem ist es wichtig, dass Unternehmen unterschiedliche Wege gehen können. Dafür ist neben dem Einsatz erneuerbarer Energien und einer Steigerung der Energieeffizienz entscheidend, dass funktionierende Märkte für Wasserstoff sowie CO₂-Abscheidung und -speicherung entstehen. Dem Staat kommt dabei die Aufgabe zu, den Anschluss von Unternehmen an neue Infrastrukturen zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem auch, die Kosten für die Nutzung der Infrastruktur am Anfang zu begrenzen. Die Kosten für die initiale Errichtung eines Wasserstoff- und CO₂-Kernetzes sollten vorrangig vom Staat getragen und über ein Amortisationskonto abgesichert werden. Im Strombereich können dynamische Netzentgelte für eine bessere Nutzung der Infrastruktur sorgen und damit Kosten für die Unternehmen begrenzen.

„Klimaschutz effizient und wirksam gestalten“

DIHK-Position II vom 19.03.2026

Klimaschutz bleibt für die deutsche Wirtschaft ein zentrales Anliegen. Die Unternehmen bekennen sich klar zur Klimaneutralität und treiben sie mit viel Eigeninitiative voran. 90 Prozent haben ein betriebliches Klimaneutralitätsziel bis 2045 und viele Betriebe verknüpfen damit konkrete Geschäftschancen für ihre Produkte und Dienstleistungen, auch im Export.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass der bisher eingeschlagene Weg nicht ausreicht, um das Ziel zu erreichen, und wirtschaftlich kaum tragfähig ist. Viele Betriebe geraten angesichts hoher Kosten, langer Verfahren, Unklarheiten bei der Entwicklung neuer Infrastrukturen und international ungleicher Rahmenbedingungen an ihre Belastungsgrenzen, mit wachsender Sorge um Wettbewerbsfähigkeit und Akzeptanz, wie auch das IHK-Energiewende-Barometer zeigt.

Vor diesem Hintergrund legt die DIHK Vorschläge vor, die Klimaschutz wirksamer, schneller und effizienter machen sollen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Transformation unserer Wirtschaft bleiben dafür zentrale Voraussetzungen. Gleichzeitig müssen weitere Instrumente, wie in diesem Papier vorgeschlagen, offen und sachlich diskutiert werden, um Klimaschutz ambitioniert, international abgestimmt und wirtschaftlich tragfähig zu gestalten.

Unser Ziel ist es, die Energie- und Klimapolitik so weiterzuentwickeln, dass Deutschland klimaneutral wird, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichert und die gesellschaftliche Unterstützung für die Transformation stärkt. Die DIHK versteht sich dabei als konstruktiver Partner für ambitionierten Klimaschutz, der wirkt und wirtschaftlich bestehen kann.

Vor dem Hintergrund eines breiten Meinungsspektrums in der Wirtschaft macht die DIHK folgende Vorschläge:

Klimaschutz international stärken, internationale Klimaschutzzertifikate nutzen

- Die Bundesregierung ist gefordert, gemeinsam mit den europäischen Partnerländern andere Staaten zu schnellerem Klimaschutz zu bewegen, z. B. durch Verknüpfungen von Emissionshandelssystemen. So lassen sich Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen begrenzen, Wachstumsmöglichkeiten für Cleantech-Betriebe steigern und Kosten des Klimawandels global senken.
- Die EU-Kommission ist auf dem Weg, die Emissionshandelspfade zu strecken und Mehremissionen gegenüber dem Status quo aufgrund der Wettbewerbssituation zu ermöglichen - nicht zuletzt durch den Beschluss, internationale Klimaschutzzertifikate ab 2036 zuzulassen. Die Bundesregierung sollte sich für diesen Prozess einsetzen und in der EU für eine noch schnellere Anerkennung internationaler Zertifikate und deren Integration in die Emissionshandelssysteme werben. Hintergrund ist, dass die Entwicklung neuer Infrastrukturen für Strom, Wasserstoff und CO₂ länger dauert und die Energiekosten für die allermeisten Betriebe gegenüber dem Status quo steigen. Für den Übergang zur Klimaneutralität benötigen die Unternehmen daher Zeit.
- Internationale Klimaschutzprojekte können ein Hebel sein, um Emissionen global mit hoher ökologischer Wirkung, aber auch ökonomisch effizient zu senken. Unternehmen sollten aus solchen Projekten Zertifikate analog zu freien Zuteilungen im Emissionshandel oder

Gutschriften erhalten, die sie für die eigene Transformation anrechnen oder mit denen sie handeln können. Dadurch kann zusätzliches privates Kapital für den internationalen Klimaschutz aktiviert werden. Durch Investitionen in internationale Projekte können Technologien sowie Know-how exportiert und verbreitet werden.

Emissionshandelssysteme ausbauen und verknüpfen

- Die deutsche Wirtschaft befürwortet mit ganz überwiegender Mehrheit den Start des zweiten europäischen Emissionshandels für Wärme und Verkehr im Jahr 2028, weil dadurch europaweit gleiche Wettbewerbsbedingungen hergestellt und alle Sektoren Anreize zur Transformation bekommen. Eine weitere Verschiebung des Starts würde den Klimaschutz auf europäischer Ebene verlangsamen und Chancen für die deutsche Cleantech-Branche schmälern. Die Bundesregierung sollte sich daher gegenüber den anderen Mitgliedstaaten für dieses Instrument einsetzen.
- Immer mehr Länder führen eigene CO₂-Handelssysteme ein. Die EU sollte zur Angleichung der Systeme beitragen oder zumindest eine gegenseitige Anrechenbarkeit von CO₂-Abgaben ermöglichen. Dadurch würden der internationale Klimaschutz verstärkt und Wettbewerbsnachteile europäischer Unternehmen vermindert.

Unternehmen so lange wie nötig schützen

- Die nationale und europäische Klimaschutzpolitik verfehlt ihr Ziel teilweise deshalb, weil sie zur Verlagerung von Wertschöpfungsketten ins Ausland führt. Das schadet nicht nur dem Standort Deutschland und erhöht Importbedarfe und -abhängigkeiten. Diese Entwicklung führt auch zu einem Anstieg der globalen Emissionen, da eine Abwanderung von Produktion in Länder mit geringeren Umwelt- und Klimaschutzauflagen erfolgt (Carbon Leakage). Ausgleichsmaßnahmen (Kompensationen, freie Zuteilungen) können dies verhindern. Sie sollten so lange erfolgen, bis die Gefahr nicht mehr besteht. Für den 2028 startenden zweiten europäischen Emissionshandel fehlt ein solcher Schutz. Die EU muss hier schnell Abhilfe schaffen.

Aufbau einer Kreislaufwirtschaft für den Erfolg der Energiewende notwendig

- Die Transformation des Energiesystems braucht Rohstoffe. Neue Technologien erfordern Materialien, wie z. B. Kupfer, Cobalt oder Platin, die nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil für ein zukunftsfähiges Energiesystem; ihre Knappheit und ihre Kosten können das Erreichen der Klimaneutralität gefährden. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Transformation des Energiesystems führen einerseits zu weniger Importen von Energierohstoffen und senken damit Abhängigkeiten. Gleichzeitig erhöhen sich Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen. Daher sind eine stärkere Nutzung heimischer Ressourcen sowie die Stärkung der Kreislaufwirtschaft notwendige Voraussetzungen für einen resilienten, erfolgreichen Weg zur Klimaneutralität.
- Zu einer Stärkung der Kreislaufwirtschaft gehören einfache und international abgestimmte Qualitätsstandards für Sekundärrohstoffe und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Aufbau von Recyclingkapazitäten. Carbon Capture and Utilization (CCU) sollte im Rahmen der Kreislaufwirtschaft einbezogen werden, um die

Entwicklung von Geschäftsmodellen zur Nutzung von CO₂ als Rohstoff und Produkt zu ermöglichen. Aktuell wird CCU nur bei einer langfristigen CO₂-Bindung von über 100 Jahren anerkannt, was die Transformation im Übergangszeitraum hemmt.

Belastungen abbauen, Elektrifizierung ermöglichen

- Die Cleantech-Unternehmen sind wie alle Branchen auf gute Rahmenbedingungen am Standort Deutschland angewiesen, um wachsen zu können. Dazu gehören wettbewerbsfähige Energiepreise und Lohnnebenkosten, schnelle Genehmigungen, gut ausgebildete Fachkräfte sowie wenig Bürokratie und Steuern. Selbst bei einem „Weiter so“ auf dem eingeschlagenen Energiewendepfad, für den sich viele Betriebe dieser Branchen aussprechen, würde deren Wachstum ohne Verbesserungen der allgemeinen Standortfaktoren massiv gebremst. Daher setzt sich die DIHK für Verbesserungen der Rahmenbedingungen insgesamt ein.
- Für viele Unternehmen ist die Elektrifizierung der einzig mögliche Weg, um betriebliche Klimaneutralität zu erreichen. Unternehmen treffen dabei auf zwei zentrale Hindernisse: Die Strompreise sind hoch und auf neue Stromnetzanschlüsse muss viele Jahre gewartet werden. Die Bundesregierung ist aufgerufen, weitere Schritte zur Strompreissenkung zu unternehmen sowie einheitliche Regeln und Fristen für Stromnetzanschlüsse zu schaffen. Die Senkung der Strompreise für alle Unternehmen gehört dazu.

Steuerung und Monitoring beim Klimaschutz besser aufstellen

- Eine stärkere Kohärenz politischer Entscheidungen vertikal zwischen den politischen Ebenen und horizontal auf Bundesebene senkt die Kosten der Energie- und Klimapolitik für die Unternehmen. Um die Kohärenz auf Bundesebene zu verbessern, sollte ein Koordinierungsgremium Entscheidungen der Bundesregierung vorbereiten und die Umsetzung begleiten. Dafür wäre es sinnvoll, beim Kanzleramt einen Staatssekretärsausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern aller beteiligten Ministerien einzurichten.
- Eine stärkere Koordinierung ist vor allem auch im Hinblick auf die deutschen Interessen bei EU-Entscheidungen dringend notwendig. Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene stärker für einen Abbau von Regulierung und Berichtspflichten einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.
- Für die Weiterentwicklung der Klima- und Energiepolitik ist ein umfassendes und unabhängiges Monitoring erforderlich. Die Monitoringinstrumente sollten durch den Vergleich von Strom-, Gas- und Wasserstoffpreisen mit europäischen Wettbewerbern und die Erfassung der Gesamtsystemkosten des nationalen Energiesystems erweitert werden. Eine institutionell unabhängige Anbindung, beispielsweise an den Bundesrechnungshof, würde Transparenz und Wirksamkeit zusätzlich erhöhen. Zudem sollte das Monitoring stärker als bisher auf die Zukunft mit ihren Herausforderungen gerichtet sein.